

Statement im EP zum Thema Kinderarmut

Jürgen Liminski, GF Institut für Demographie, Allgemeinwohl, Familie

Der Kampf gegen die Armut von Kindern ist nicht nur eine Frage von Maßnahmen, sondern vor allem eine Frage der Mentalität, des Denkens. Dazu möchte ich drei Thesen vorstellen, daraus Schlussfolgerungen ziehen, und diese in einer konkreten Maßnahme bündeln.

Erste These: Arbeit ist nicht gleich Arbeit.

„Wer Schweine erzieht, ist ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft“. Das Problem, auf das der deutsche Nationalökonom Friedrich List mit diesem Satz vor rund 170 Jahren hinwies, ist auch heute noch ungelöst. Auch heute gelten Kindererziehung und Hausarbeit weitgehend als Privatsache, und nicht als ökonomischer Beitrag zum Bruttosozialprodukt. Über die Hälfte der Bruttowertschöpfung in Deutschland aber wird heute gratis erbracht, nämlich in Privathaushalten, in der Welt der Sorge, wie Norbert Bolz es nennt. Und das liegt daran, so der Kulturosoziologe, dass „Erwerbsarbeit der gesellschaftliche Attraktor ist, der alles andere strukturiert“.

Erste Schlussfolgerung: Solange Erziehung und Familienmanagement nicht als vollwertige Arbeit Anerkennung finden, und das geschieht in unserer durchökonomisierten Gesellschaft üblicherweise in Form von Honorar gegen Leistung, solange werden Familien und damit die Kinder nur Almosen bekommen, und nicht aus der Armutsfalle herauskommen.

Zweite These: Die Arbeit der Familie ist nicht zu ersetzen.

Familienarbeit und -management vollzieht sich auf drei Ebenen: einer emotionalen, einer handwerklichen und einer kognitiven Ebene. Die einfachste ist die handwerkliche - Waschen, Putzen, Kochen. Die anstrengendste ist die emotionale, man muss die Befindlichkeiten der jeweiligen und oft sehr verschiedenen Familienmitglieder ausgleichen und in Einklang bringen. Das erfordert viel Geduld, Ausdauer, Empathie und geistige Flexibilität. Die anspruchsvollste Ebene ist die kognitive: Man muss sich schlau machen, Elternkompetenz setzt Wissen voraus, Instinkt reicht heute nicht mehr aus, Stichwort Smartphone.

Zweite Schlussfolgerung: Gutes Familienmanagement führt zur Bildung von Humanvermögen, zu den Daseinskompetenzen, zu dem was der neoliberale Nobelpreisträger aus Chicago, Gary Becker, als Lernen-Können, Miteinander-Umgehen-Können, Gefühle-einordnen-Können, Bewusstsein für Solidarität entwickeln, **Sprachbewusstsein, Integrität, Bindungsfähigkeit**, kurzgesagt, als soziale Kompetenz und emotionale Intelligenz bezeichnete. Und er sagte dazu auf einem Kongress in Berlin: Schule und Staat können die Familie in dieser Aufgabe nicht ersetzen. Auch der fünfte Familienbericht der BR (1994) schreibt: „Der Erwerb von Daseinskompetenzen... gelingt nahezu nur in familialen Bezügen.“

Dritte These: Ohne Familie ist kein Staat zu machen.

Die Sozialwissenschaft nennt Kinder ein „Mischgut“, weil sie Funktionen sowohl im Privatbereich, als auch im öffentlichen oder gesellschaftlichen Raum erfüllen. Allein ihre Existenz sichert, in die Zukunft projiziert, die Umlagesysteme wie Renten, Krankenkassen, Pflege. Denn sie sind die künftigen Beitrags- und Steuerzahler. Deshalb gilt die Familie als Keimzelle der Gesellschaft. Sie ist es aber nicht nur demographisch. Mit der Bildung von Humanvermögen, vor allem dem Bewusstsein für solidarisches Handeln, schafft die Familie auch jene Voraussetzungen, von denen nach dem bekannten Diktum von Wolfgang Böckenförde der Staat lebt, die er aber selber nicht schaffen kann. Der Staat liebt nicht, er funktioniert nur. Er profitiert von der gratis erbrachten Leistung der Familien. Der frühere Nestor der Familienpolitik Heinz Lampert sah deshalb in der - Zitat - „Erzeugung solidarischen Verhaltens einen Grund für den verfassungsrechtlichen Schutz der Familie“. Es sei eine Leistung, so Lampert, die in der

Familie „in einer auf andere Weise nicht erreichbaren Effektivität und Qualität“ erbracht werde. Für eine Demokratie und ihre Konsensfähigkeit ist das von existentieller Bedeutung.

Dritte Schlussfolgerung: Solidarisches Verhalten ist konstitutiv für jede Gemeinschaft. Das gilt nicht nur für jedes nation building, sondern auch für die Zustimmung zu einer größeren Gemeinschaft wie die Europäische Union. Ohne Familie ist auch kein „Staatenverbund“ (Udo di Fabio) wie die EU zu machen, und schon gar nicht ein Bundesstaat.

Fazit: Familie ist demographisch und demokratisch notwendig. Solange Familiengründung aber ein Synonym für potentielle Armut bedeutet, wird es immer weniger Familien mit Kindern geben. Die Trends sind bekannt. 90 Prozent der jungen Paare, die sich Kinder wünschen und dann doch darauf verzichten, tun dies aus finanziellen Gründen. Niemand wird gern freiwillig arm. Wer etwas für diese notwendige Institution tun will, muss ihre Leistung anerkennen. Das geschieht heute mit einem finanziellen Honorar. In mehreren Ländern ist das üblich, etwa in Skandinavien oder in Frankreich. Eine Anerkennung aus Europa würde nicht nur den Familien konkret helfen, sondern auch den Stellenwert Europas selbst in den Familien erhöhen. Deshalb ist die Initiative für ein europäisches Kinderkostengeld, das zusätzlich zu nationalen Familientransfers gezahlt wird, im Prinzip durchaus sinnvoll.